

10.11.2020 AG 3 Backup Dokumentation (Marius Mews)

11:05 Uhr

Vorstellungsrunde und Erfahrungsberichte zum Thema Mitbestimmung in der Politik

11:30 Uhr

Start der Besprechung zu konkreten Fragen.

1. Wie arbeitet die Interessenvertretung der Stadt mit der Interessenvertretung der Einrichtung zusammen?

Sauss: Es fehlen grundlegende Informationen zu Interessenvertretungen der Stadt und der Einrichtungen. Nur wenn man sich auskennt, dann findet man auch etwas. Es gab/gibt sehr große Unterschiede zwischen vollstationären Einrichtungen (Vertretung existiert) und halbstationären Einrichtungen (nicht immer eine Vertretung).

Wirth/Kramer: Aktionsplan der Stadt soll erstellt werden laut BTHG, da ist die Einrichtung vertreten und im Austausch mit der Stadt.

Gubo/Kempf: Es gibt einen Austausch mit der neuen Inklusionsbeauftragten der Stadt Erlangen. Bisher läuft die Kommunikation noch stark über die Geschäftsführung, aber man bemüht sich den direkten Austausch mit Menschen mit Lernschwierigkeiten herzustellen. Es gibt noch kein festes Gremium oder Beirat von Menschen mit Lernschwierigkeiten. Plan ist eine Arbeitsgruppe, die sich mit dem Austausch mit der Stadt organisiert. Es gibt viele Projekte, kein regelmäßiger Austausch.

Stahl: In Lübeck gibt es einen Aktionsplan von Leistungserbringern und Leistungsträgern. Der Aktionsplan klingt sehr gut, aber er vermutet, dass die Bekanntheit sehr gering ist. Von Fachexperten genutzte Lösungen sind lobenswert, aber ist oft nicht praktikabel und die Menschen mit Behinderung sind nicht wirklich vertreten. Ein Behindertenbeauftragter hat nicht unbedingt ein Stimmrecht und nicht überall gibt es Beiräte. Es ergibt sich ein Unterschied, wenn wirkliches Stimmrecht besteht, weil man sich intensiver mit der Personengruppe beschäftigen muss.

Schmidt: Nur wenn es einen Beirat gibt, kann eine Kommunikation aufgebaut werden.

Markowski: Politik und Verwaltung hängen zusammen, aber sind auch unterschiedlich.

Wirth/Kempf: Wir wenden uns an beide Gruppen. Oftmals wird an die Ergebnisse des Beirats ein großes „ABER“ angehängt. Politiker, die eingeladen wurden tun sich sehr schwer Fragen zu beantworten, oder Dinge zuzusichern.

12:00 Uhr

Pause

13:00 Uhr

Bearbeitung des Arbeitsblatts 7 „Unser Mitbestimmungsplan“

Ziele

- Barrierefreiheit – auch Assistenz für Mobilität
- barrierefreie Verwaltung
- Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderung in der Verwaltung (z.B : Außen-Arbeitsplätze wie Büro für leichte Sprache)
- Verbindliche Beteiligung von Menschen mit Behinderung
- Recht auf Teilhabe, nicht ein Kampf um Teilhabe (z. B. Gebärdendolmetschung)

Das machen wir für unsere Ziele

- Wir prüfen: Was gibt es bei uns in der Stadtverwaltung für Interessenvertretungen?
- Wir bitten die Stadtverwaltung um bessere Informationen
- Wir laden die Inklusions-Beauftragte ein
- Wir laden Politiker ein
 - Kommune
 - Land
 - Bund
- Wir gehen auf Veranstaltungen und fordern Zugänglichkeit
- Wir unterstützen die Stadt als Experten in eigener Sache bei der Zugänglichkeit auch von Veranstaltungen
 - Bürgerhaushalt
 - Bürgersprechstunde
 - Wahl-Veranstaltungen
 - Ausschusssitzungen nutzen
- Wir regen an, eine Beschwerdestelle einzurichten (Marburg) und die unabhängige Teilhabeberatung zu stärken
- Wir sagen: Wir wollen mit-machen bei einem (guten) Aktions-Plan
- Wir überlegen mit der Stadt: Wie können wir Mit-Bestimmung stärken
 - Gute Ideen (kommune inklusiv AM)
 - Politische Partizipation passgenau (NRW)
 - Inklusionskataster NRW
- Wir machen uns stark mit anderen Selbstvertretern
- Wir suchen Verbündete für unsere Ziele und Interessen in der Stadt
 - Parteien
 - Bürgerinitiativen
 - Vereine
- Wir sprechen die Beauftragten an in der Kommune, im Land und im Bund

14:00 Uhr

Ende der AG